



Beschlussvorlage

Federführung: Organisation, Kommunales
und Zentrale Dienste
Aktenzeichen: 101-25-00
Beteiligungen:

Drucksachennummer: 19/027
Erstellungsdatum: 11.01.2019
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich

Beratungsfolge:
Sitzung des Haupt- und Personalausschusses

Sitzungsdatum:
21.01.2019

Betreff:

Anträge aus den Ortsbeiräten (Hauptausschusssitzung vom 21.01.2019)

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss stimmt den in den Anlagen beigefügten Anträgen aus den Ortsbeiräten zu und bittet die zuständigen Ausschüsse um weitere Veranlassung.

zu Drucksachennummer: 19/027

TOP 1

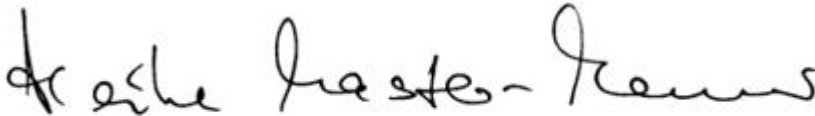
Erläuterungen

Ortsbeirat Planig (19.11.2018):

1. Tische und Ruhebänke in der Allee (Antrag der SPD Planig) – TOP 2
2. Mehr Sicherheit und Ordnung an der Planiger Kerb (Antrag der SPD Planig) – TOP 3

Ortsbeirat Bosenheim (09.01.2019):

1. Verschiedenes – Top 4
 - d) Reilchen (Flur 1, Flurstück 434)



Dr. Heike Kaster-Meurer
Oberbürgermeisterin

Anlage TOP 1: OBR_Planig_Tische_Ruhebaenke_und_Sicherheit_Kerb

TOP 1

Sitzung des Ortsbeirates

Beratungs-/Beschlussvorlage

Stadtteil: Planig	<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich
Datum der Sitzung: 19.11.2018	
Nr. der Tagesordnung: TOP 2	
Betrifft: Tische und Ruhebänke in der Allee (Antrag der SPD Planig)	
Beratungs-/Beschlussvorschlag: Siehe Anlage 1 zum TOP 2	
Empfehlung/Beschluss: Der Ortsbeirat Planig stellt den Antrag zur Verschönerung der Allee an die Verwaltung, 2 Tische zu erstellen und auch die 4 Ruhebänke in der Allee auszutauschen.	

Beratungs-/Beschlussergebnis:						
	Mit Stimmen- mehrheit	Ja	Nein	Enthal- tungen	Laut Beratungs-/ Beschluss- vorschlag	Abweichende Empfehlung/ abweichender Beschluss
<input checked="" type="checkbox"/> Einstimmig	<input type="checkbox"/>				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Ausfertigungen an: - Hauptamt	Sichtvermerk der Oberbürgermeisterin:
--------------------------------------	--

Anlage TOP 1: OBR_Planig_Tische_Ruhebaenke_und_Sicherheit_Kerb

TOP 1

**Sozialdemokratische
Partei
Deutschlands
Arbeitskreis Planig**



Anlage 1 zu TOP 2

Oktober 2018

Antrag der SPD-Planig

Der Ortsbeirat Planig stellt den Antrag zur Verschönerung (Allee) an die Verwaltung, Tische und auch die Ruhebänke in der Allee zu tauschen bzw. zu erstellen.

Begründung:

Da immer mehr Fahrradfahrer das schöne Weindorf Planig durchradeln, würden wir sie gerne auch zu einer Rast einladen, um sich zu stärken und auszuruhen. Damit würde auch das Tourismusangebot für Bad Kreuznach gesteigert. Bereits in vielen Deutschen Städten, kann man solche Einrichtungen bewundern.

Die Tische und auch Ruhebänke sollten aus robustem Edelstahl (wetterbeständig) hergestellt werden!

Björn Wilde
SPD Fraktionsvorsitzender

Fraktionsvorsitzender: Björn Wilde, Mainzer Str.75A, 55545 Bad Kreuznach-Planig, 0671-75600

Anlage TOP 1: OBR_Planig_Tische_Ruhebaenke_und_Sicherheit_Kerb

TOP 1

Sitzung des Ortsbeirates

Beratungs-/Beschlussvorlage

Stadtteil: Planig	<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich
Datum der Sitzung: 19.11.2018	
Nr. der Tagesordnung: TOP 3 neu	
Betrifft: Mehr Sicherheit und Ordnung an der Planiger Kerb (Antrag der SPD Planig)	
Beratungs-/Beschlussvorschlag: Siehe Anlage 1 zum TOP 3 neu	
Empfehlung/Beschluss: Der Ortsbeirat Planig stellt den Antrag an die Stadtverwaltung, für mehr Sicherheit und Ordnung während der Feierlichkeiten zur Kerb in Planig zu sorgen.	

Beratungs-/Beschlussergebnis:						
	Mit Stimmen- mehrheit	Ja	Nein	Enthal- tungen	Laut Beratungs-/ Beschluss- vorschlag	Abweichende Empfehlung/ abweichender Beschluss
<input checked="" type="checkbox"/> Einstimmig	<input type="checkbox"/>				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Ausfertigungen an: - Hauptamt	Sichtvermerk der Oberbürgermeisterin:
--------------------------------------	--

Anlage TOP 1: OBR_Planig_Tische_Ruhebaenke_und_Sicherheit_Kerb

TOP 1

**Sozialdemokratische
Partei
Deutschlands
Arbeitskreis Planig**



Anlage 1 zu TOP 3 neu

November 2018

Antrag der SPD-Planig

Der Ortsbeirat Planig stellt den Antrag an die Stadtverwaltung, für mehr Sicherheit und Ordnung während der Feierlichkeiten zur Kerb in Planig zu sorgen.

Da es in den letzten Jahren zu erheblichen Verschmutzungen etwas abseits des Kerbe-Platzes (Gewobau-Häuser), durch Jugendliche gekommen ist, sollte ein Konzept zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung unter mitwirken von Polizei, Ordnungsamt und Stadtjugendamt erarbeitet werden, um diesem Trend entgegenzuwirken.

Ähnlich wie auf dem Kreuznacher Jahrmarkt müsste mehr Präsenz durch Polizei und Ordnungsamt bzw. Alkoholkontrollen durch das Stadtjugendamt erfolgen, und gegebenenfalls Platzverbote ausgesprochen werden.

Die Schausteller und Beschicker der Kerb in Planig, sollten nicht zusätzlich mit einem weiteren Sicherheitsdienst, für Aufgaben zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung, und den dafür resultierenden Kosten, belastet werden.

Björn Wilde
SPD Fraktionsvorsitzender

Fraktionsvorsitzender: Björn Wilde, Mainzer Str.75A, 55545 Bad Kreuznach-Planig, 0671-75600

TOP 2: Tische und Ruhebänke in der Allee (Antrag der SPD Planig)

- In der Diskussion einigte sich der Ortsbeirat auf die Anschaffung zweier Tische und den Austausch von vier Sitzbänken. Die genaue Konzeption muss noch erarbeitet werden.
- Der Ortsbeirat befürwortet die Beschlussvorlage einstimmig.

TOP 3: Mehr Sicherheit und Ordnung an der Planiger Kerb

- Hintergrund: An der diesjährigen Kerb gab es auf dem Kerbeplatz keine Probleme. Jedoch gab es Probleme auf dem benachbarten Gelände der Gewobau. Hier bildeten sich viele Gruppen, welche den Vorplatz als Partyzone nutzen und diesen stark verschmutzten. In diesem Bereich haben der Ortsbeirat und auch die Security auf dem Kerbeplatz kein Hausrecht und kein Handlungsrecht. Auch wurden im Bereich Mainzer Straße Richtung Bad Kreuznach Gullideckel entfernt und weitere Taten dieser Art durchgeführt.
- Am 14.11.2018 gab es zu diesem Thema eine Sitzung an welcher der Beigeordnete Markus Schlosser, Vertreter der Gewobau, Schausteller, Beschicker und Ortsbeiratsmitglieder teilnahmen.
- Als Ergebnis dieser Sitzung erhält die Security Hausrecht von der Gewobau für diesen Bereich und haben dadurch Handlungsmöglichkeiten. Auch wird das Ordnungsamt mehr Präsenz zeigen und, falls notwendig, Platzverweise aussprechen. Zudem wird das Jugendamt Alkoholkontrollen durchführen. Auch soll die Polizei (falls möglich) mehr Präsenz zeigen. Alle hoffen, dass die Verwaltung dieses Ergebnis und Versprechen einhalten und entsprechend umsetzen wird.
- Zusätzlich wird die Gewobau einen Zaun (1m Höhe) für diese Grundstücke erstellen und anbringen lassen. Damit ist ein Hindernis vorhanden, welches abschreckende Wir-

kung haben dürfte. Sollte der Zaun dennoch überstiegen werden ist dies eine strafbare Handlung im Sinne des Hausfriedensbruchs.

- Der Ortsbeirat befürwortet die Beschlussvorlage einstimmig.

Anlage TOP 1: OBR_Bosenheim_Verschiedenes_d

TOP 1

Sitzung des Ortsbeirates

Stadtteil Bosenheim
Datum der Sitzung 9.1.2019
Nr. der Tagesordnung TOP 4

Beratungs-/ Beschlussvorlage

☒ öffentlich ☐ nicht-
öffentlich

Betrifft

Verschiedenes

Beratungs-/Beschlussvorschlag

- a) Bushaltestelle „Am Grenzgraben“: Fehlender Bürgersteig.
 b) Spielplatzgestaltung Hackenheimer Straße: Zustand Kletterturm, Planungsstand Seilbahn
 c) Abgang zum Jugendraum im Schulgebäude Bosenheim.
 d) Reilchen (Flur 1, Flurstück 434)

☐ Fortsetzung siehe Rückseite

Empfehlung / Beschluss

- a) Es soll bei den Verkehrsbetrieben nachgefragt werden, ob es einen günstigeren Ort für diese Haltestelle gibt, wo die Wartenden nicht auf der Straße stehen müssen, es ist fraglich, ob hier die Verkehrssicherheit gegeben ist. Langfristig wird hinsichtlich der Barrierefreiheit sowieso ein anderen Standort gewählt werden müssen.
 b) Der OV teilt mit, dass für eine Seilbahn kein Platz vorhanden ist. Der Aufgang seitlich der Rutsche am Erdhügel ist bei Einrichtung mit einer Matte rutschfest gemacht worden. Diese Funktion ist nicht mehr erfüllt. Der OBR bittet um eine Wiederherstellung der

☒ Fortsetzung siehe Rückseite

Beratungs- /Beschlussergebnis

<input type="checkbox"/> ein- stimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmen- mehrheit	ja	nein	Enthaltungen	<input type="checkbox"/> laut Beratung-/ Beschluss- Vorschlag	<input type="checkbox"/> abweichende Empfehlung / abweichender Beschluss
--	--	----	------	--------------	---	---

Ausfertigungen an:

Sichtvermerk der
Oberbürgermeisterin

Fortsetzung Beratungs-/Beschlussvorschlag

Fortsetzung Empfehlung/Beschluss

ursprünglichen Funktion.

c) Der Treppenabgang zum Jugendraum wird außerhalb der Öffnungszeiten, vermutlich aufgrund der schlechten Einsehbarkeit, für verschiedene Zwecke genutzt, leider unter Hinterlassenschaft diverser Müllmengen. Am 2.1.2019 lagen zerschlagene Flaschen auf der Treppe und drum herum, auch auf dem Gelände des Schulhofs.

Der OBR regt an, in das Tor zum Abgang wieder einen Schließzylinder einzubauen, so dass der Bereich nur zu den Öffnungszeiten des Jugendraums zugänglich ist.

Hinweisen der Reinigungskraft folgend, regt der OBR weiterhin an, dass die Betreuer die Besucher des Jugendraums dazu anhalten, den eigenen Müll wegzuräumen und das nicht der Reinigungskraft aufzubürden. Dazu ist sie nicht da.

d) Das Reilchen ist mittlerweile mit einer Verbundpflasterdecke versehen. Da dieser Weg eine wichtige Verbindung für

Fußgänger, auch Schulkinder ist, bittet der OBR darum, den Weg mit einer Beleuchtung auszustatten.

Eine Begehung mit Herrn Janzer von der Abteilung Tiefbau und Herrn Hoffmann von den Stadtwerken hat bereits stattgefunden.





Antrag

Fraktion: SPD

Federführung: Hauptamt

Aktenzeichen:

Beteiligungen:

Drucksachennummer: 19/030

Erstellungsdatum: 14.01.2019

Öffentlichkeitsstatus: öffentlich

Beratungsfolge:

Sitzung des Haupt- und Personalausschusses

Sitzungsdatum:

21.01.2019

Betreff:

Antrag der SPD-Fraktion vom 06.09.2018 bzgl. der Änderung der Sperrzeitverordnung

Inhalt:

Auf den Inhalt des als Anlage beigefügten Antrages vom 06.09.2018 wird verwiesen.

Der Antrag wurde in der Sitzung des Stadtrates vom 27.09.2018 an den Haupt- und Personalausschuss überwiesen.

Dr. Heike Kaster-Meurer
Oberbürgermeisterin

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD-Fraktion im Stadtrat Bad Kreuznach



Frau
Oberbürgermeisterin
Dr. Heike Kaster-Meurer
Stadthaus

Bad Kreuznach

04.09.2018

Antrag zur Änderung der Sperrzeitverordnung

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

in Ergänzung zur Anfrage der SPD-Fraktion für die Sitzung des Stadtrates am 30.08.2018 im Hinblick auf die beschriebene Situation im Bereich der Kreuznacher Neustadt, historischem Stadtkern, beantragt die SPD-Fraktion für die nächste Sitzung des Stadtrates am 27.09.2018, dass die in der Sperrzeitverordnung vom 07.06.2018 für die Kreuznacher Neustadt – historischer Stadtkern aufgeführte Ausnahmeregelung für die Zeit des Kreuznacher Jahrmarktes gestrichen wird. Im Konkreten beantragen wir, den in § 2 Absatz 2 aufgeführte Halbsatz „sowie in der Zeit des Bad Kreuznacher Jahrmarktes“ zu streichen. Bereits im Jahr 2017, kurz nach Beschluss zur neuen Sperrzeitverordnung, konnte anlässlich des Kreuznacher Jahrmarktes festgestellt werden, dass zum Ende des Kreuznacher Jahrmarktes an

Sozialdemokratische Partei Deutschlands



den jeweiligen Jahrmarktstagen, unzählige Menschen, nach Aufruf und Bewerbung durch einzelne Gastronomen, in die Kreuznacher Neustadt strömten, um dort bis in die frühen Morgenstunden weiter zu feiern. Dies führte bereits im Jahr 2017 zu Ruhestörungen, Verursachung von Müll und Beschwerden bei dort wohnenden Anwohnerinnen und Anwohnern der Kreuznacher Neustadt.

Während des Jahrmarktes 2018 wurde das gleiche Verhalten festgestellt, so dass es erneut zu unzähligen Hinweisen und Beschwerden von Seiten der Anwohnerschaft kam.

Neben massiven Ruhestörungen, ausgelöst durch die vielen feiernden Menschen, kam es zu starken Verunreinigungen durch das achtlose Wegwerfen von Müll. Auch wurden eigenmächtig Sperrpfosten zum Befahren der Kreuznacher Neustadt entfernt, so dass unzählige Autos widerrechtlich die Neustadt befuhren und letztendlich kreuz und quer in der Fußgängerzone parkten. Teilweise waren gastronomische Betriebe bis 07.30 Uhr geöffnet.

Diese gesamten Umstände sind für die in der Kreuznacher Neustadt lebenden Anwohnerinnen und Anwohner nicht mehr hinnehmbar und nachvollziehbar.

Auch bisher durchgeführte ordnungspolizeiliche Maßnahmen führten nicht zu einer Verbesserung der Situation.

An den übrigen in § 2 Abs. 2 der Sperrzeitverordnung aufgeführten Ausnahmeregelungen, hier die Nacht zum 01. Januar, zum 01. Mai, an Fastnacht (ab Donnerstag), wurden diese, zuvor beschriebenen Zustände, in dieser Form bisher nicht festgestellt, zumal in diesen Nächten in der gesamten Innenstadt gefeiert wird und es zu keiner

Sozialdemokratische Partei Deutschlands



Konzentration von Feiernden in der Kreuznacher Neustadt, gerade in den frühen Morgenstunden, kommt.

Die damalige (07.06.2017) beschlossene Änderung der Sperrzeitverordnung für die Kreuznacher Neustadt, sollte dazu führen, dass sowohl zwischen den Interessen der Gastronomie, aber auch dem Ruhebedürfnis der Anwohner/innen, ein guter Kompromiss gefunden werden sollte.

Rückmeldung von Seiten der Verwaltung, nach Anfragen aus der SPD-Fraktion, zeigen auf, dass es in der gesamten Neustadt im Hinblick auf die in den Jahren zuvor formulierten Ruhestörungen und sonstigen Störungen, seit Einführung der geänderter Verordnung in der Kreuznacher Neustadt, zu einer deutlichen Verbesserung der Gesamtsituation gekommen ist.

Lediglich der Zeitraum des Kreuznacher Jahrmarktes führt zu Zuständen, die wir als Verantwortliche nicht mittragen können und dies belegen die Erfahrungen von den Jahrmärkten aus den Jahren 2017 und 2018. Vor diesem Hintergrund ist es aus Sicht der SPD-Fraktion sachlich geboten, die Sperrzeitverordnung im Hinblick auf die Sperrzeit anlässlich des Kreuznacher Jahrmarktes, für die Gastronomiebetriebe in der Kreuznacher Neustadt, erneut anzupassen und die Ausnahme zu streichen.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Henschel

Anlage TOP 2: Protokoll_Anhoerung_Sperrzeitverordnung

TOP 2

Protokoll der Anhörung zur Sperrzeitverordnung

Ort: Else-Liebler-Haus

Datum: 23.10.2018 **Beginn:** 17.30 Uhr **Ende** 19.10 Uhr

Teilnehmer: siehe beigefügte Teilnehmerliste

Frau Oberbürgermeisterin Dr. Kaster-Meurer hat die Teilnehmer zu der Anhörung eingeladen um von ihnen zu erfahren, wie sich die Regelungen der Sperrzeitverordnung ausgewirkt haben und ob es Änderungswünsche gibt.

Die Anwesenden äußerten sich wie folgt:

Herr Achim Stephan –Holzwurm

Er kann mit den Regelungen der Sperrzeitverordnung leben. Die Ausnahmeregelung für den Jahrmarkt kann aus seiner Sicht entfallen, da alle Gäste auf dem Jahrmarkt sind.

Unter der Woche gibt es keine Probleme mit der Lärmbelästigung, da die Gäste am nächsten Tag wieder arbeiten müssen und in der Stadt nicht so viel los ist.

Herr Karl-Heinz Hölzgen – Halli Galli

Herr Hölzgen schließt sich den Aussagen von Herrn Stephan an.

Die Probleme der Lärmbelästigung konzentrieren sich am Wochenende auf ca. 3.00 Uhr, da um diese Zeit alle Gäste alle Gaststätten verlassen müssen.

Frau Nurten Tan – Alt Berlin

Frau Tan ist mit den Regelungen der Sperrstunde nicht einverstanden. Die Öffnungszeiten der Gaststätten könnten ausgeweitet werden. Sie wird die Gaststätte wahrscheinlich zum 01.11.2018 schließen, da ihr die Sperrstunde zu viel Kundschaft kostet.

Die Probleme der Lärmbelästigung entstehen durch die Leute vor der Gaststätte bzw. auf dem Eiermarkt. Sie wird dafür verantwortlich gemacht, auch wenn es keine Gäste aus ihrem Lokal waren.

Herr Savas Önal – Moritz

Herr Önal findet die jetzige Regelung der Sperrzeit nicht in Ordnung. Aufgrund des dadurch erfolgten Rückganges der Besucher des Moritz, hat er die Gaststätte freitags seit 1 Monat aus wirtschaftlichen Gründen schon geschlossen. Durch die jahreszeitlich bedingten Oktoberfeste kommen zu wenig Besucher in die Neustadt.

Herr Önal sucht auch einen anderen Standort für die „Lieferbar“, da es ständig Probleme mit den Fahrzeugen des Lieferservices gibt.

Herr Atilla Bazkaya – Pizza Medpoint

Herr Bazkaya versteht nicht, warum die Sperrzeit auch für ihn gilt, da er lediglich Essen verkauft.

Die Oberbürgermeisterin erläutert kurz den Grund (Verursacherprinzip) und weist zusätzlich auf den vermehrten Verpackungsmüll aus Pizzaschachteln hin. Zur Verringerung des Mülls könnten 2 zusätzliche Mülltonnen aufgestellt werden.

Anlage TOP 2: Protokoll_Anhoerung_Sperrzeitverordnung

TOP 2

Frau Beate Bruns, Herr Reinhold Stenger, Frau Heidi Wroe – Altstadtverein

Zunächst stellen die Mitglieder des Altstadtvereins klar, dass sie lediglich als Interessenvertretung der Anwohner anwesend sind und nicht in eigener Sache.

Es wurde mitgeteilt, dass bereits 300 Unterschriften für eine Änderung (Verlängerung) der Sperrzeit vorliegen.

Herr Stenger prangert insbesondere die Missstände in der Klappergasse (wildes Urinieren auf sein Grundstück) an und macht hierfür die Gäste des Moritz verantwortlich.

Frau Bruns würde gerne Lärmmessungen durchführen lassen.

Herr Keil teilte mit, dass dies mit einem eigenen Messgerät bereits erfolgte, jedoch keine erheblichen Verstöße festgestellt wurden. Wenn man allerdings gerichtlich verwertbare Ergebnisse wolle, müsste man einen Gutachter beauftragen.

Herr Jörg Keil – Kommunaler Vollzugsdienst

Die vom Vollzugsdienst um 3.00 Uhr durchgeführten Kontrollen verliefen bis jetzt sehr friedlich. Es sei seit der Änderung der Sperrzeiten deutlich ruhiger im Quartier geworden. Unter der Woche gab es keine Vorfälle und am Wochenende nur wenige negative Ausnahmen.

Herr Markus Schlosser – Beigeordneter

Herr Schlosser bestätigte die Aussagen von Herrn Keil. Seiner Meinung nach führt auch das Rauchverbot zu vermehrten Lärmbelästigungen, da die Besucher der Gaststätten dadurch vermehrt vor die Lokale gehen. Ein großes Problem sei an Jahrmarkt durch das Bringen der Gäste per Bus in die Neustadt gewesen. Er sieht im gemeinsamen Gespräch die Möglichkeit Konflikte zu vermeiden.

Herr Arndt Hebel – Polizeiinspektion Bad Kreuznach

Auch Herr Hebel bestätigt, dass sich die Sperrstunde aus Sicht der Polizei positiv ausgewirkt hat. Es gab nicht nur unter der Woche sondern auch an den Wochenenden weniger Meldungen wegen Ruhestörungen. Herr Hebel betonte, dass bei den Einsätzen der Polizei nicht immer die Zuständigkeit der Polizei gegen ist, sondern die des Vollzugsdienstes. Im Zuge von Personalmangel führt dies zu Problemen.

Aus Sicht der Polizei gab es allerdings an Jahrmarkt in der Innenstadt keine Meldungen. Lediglich das Absolut in der Viktoriastraße zeigt sich als „Problemkneipe“

Die Oberbürgermeisterin bedankte sich zum Schluss bei allen Anwesenden für das Kommen und die intensiven Gespräche. Die verschiedenen Anmerkungen und Erfahrungen werden in die zukünftigen Entscheidungen zur Sperrstunde einfließen.

gefertigt

genehmigt

Cron
Schriftführer

Dr. Heike Kaster-Meurer
Oberbürgermeisterin

Bad Kreuznach 11.12.2018

Stadtverwaltung
Bad Kreuznach
Eing.: 11. Dez. 2018

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

anbei unsere Ergänzungen zum Protokoll der
Expertenanhörung zur Sperrzeit am 23. Oktober 2018.
Wir bitten, diese zu Ihren Akten zu nehmen.
Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen
und guten Wünschen zum Weihnachtsfest

Beate Bruns
Kreuznacher Altstadtverein

Ergänzungen des Kreuznacher Altstadtvereins zum Protokoll der Anhörung zur Sperrzeitverordnung am 23.10.2018

- Es fehlt eine Auflistung der Teilnehmer, darin zwei Teilnehmer: einer der Önal Brüder, Frau Orben
- Es fehlt die Ansprache der OB an die Herren Önal bezüglich der Vorkommnisse am diesjährigen Jahrmarkt.
- Es fehlt die Aussage des Herrn Önal, dass die Önals **seit 5 Jahren** diese Praxis betreiben, Jahrmarktbesucher nach Jahrmarktsende ins Moritz zu laden (in die Fußgängerzone einzufahren?))
→Sofern dies auch in früheren Jahren auf die diesjährige Art und Weise (per Busunternehmen) in die Fußgängerzone geschah, würde dies die Unzuverlässigkeit des Gastwirts belegen und damit den Entzug der Schankerlaubnis rechtfertigen.
- Es fehlt die Aussage von Herrn Hebel, dass bis dato (23.10.2018) bereits 222 Ruhestörungen in der gesamten Stadt gemeldet wurden (wie viele davon in der Altstadt?)
- Die Aussage des Polizeibeamten, dass das Kreuznacher Ordnungsamt **bei jedem Einsatz der Polizei anschließend Meldung darüber erhält**, wird hier nicht deutlich. → eine Akte beim Ordnungsamt bezüglich der gemeldeten Ruhestörungen müsste vorliegen →Akteneinsicht möglich
- Die Aussage, der Imbissbesitzer **könnte** einen Mülleimer aufstellen, wurde so nicht getroffen: der Imbissbestreiber wurde **beauftragt**, einen Mülleimer zu stellen.
- Es fehlt die Ansprache von Herrn Schlosser an die Önal Brüder, die sogar eine mögliche Schließung der Gastronomiebetriebe einschloss. ↔ vgl Protokoll: „klärende Gespräche“ (bei Rechtsbrüchen?)
- Die Aussage der beiden Gastronomen am Salzmarkt (Holzwurm/Halli-Galli) enthielt die Information, dass die Woche über ohnehin nichts los ist und **dass sie einer Sperrzeitänderung entgegenstehen, um sich die theoretische Möglichkeit der Öffnung bis 3 Uhr auch während der Woche zu erhalten** → das durch das Bundesimmissionsschutzgesetz verbriefte Recht der Bürger auf Nachtruhe würde von deren Gutdünken abhängen.
- Die Aussage des Polizeibeamten, an Jahrmarkt habe es keine Meldung gegeben, stimmt so nicht: Frau Stefanie Otto rief am Morgen des Jahrmarktssonntags um 5:30 Uhr bei der Polizei an, um die Vorkommnisse zur Kenntnis zu geben.
- Es fehlt meine Aussage, dass jeder mit einem Betrieb in Zusammenhang stehende Lärm der Gaststätte zuzuordnen ist, so auch jeglicher Lärm, der entsteht, weil sich Menschen ursächlich wegen einer Kneipe in der Altstadt aufhalten und dass dies nach 22:00 Uhr **45dB (A)** nicht überschreiten darf. Worauf **Herr Keil bestätigte, dass die vorliegenden Messergebnisse schon bei jedem Öffnen der Kneipentür diesen Wert überschritten.**

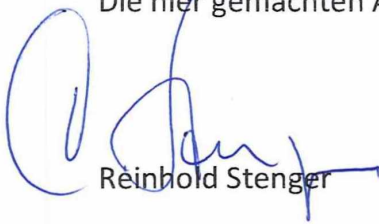
Anlage TOP 2: Ergaenzung_Kreuznacher_Altstadtverein

TOP 2

Zur Kenntnisnahme:

- Zwei Frauen, die über der Firma ‚Hut Vetter‘ in der Altstadt wohnen, sprachen schon Freitagsmorgens erfolglos bei Herrn Beiser vor, um die Vorkommnisse um das Moritz an Jahrmarkt zu melden. Die von ihnen vorgelegten Fotos wurden kommentiert mit: „Bevor Sie diese Fotos an die Presse geben, lassen Sie sie lieber hier.“ Sie liegen uns vor!

Die hier gemachten Aussagen sind faktisch richtig.



Reinhold Stenger



Heidi Wroe



Beate Bruns

Bad Kreuznach, den 07.12.2018

Anlage TOP 2: Einwohnerantrag_sperrzeiten-1

TOP 2

Wir, die Unterzeichnenden, beantragen im Sinne des §17 GO RLP beim Stadtrat der Stadt Bad Kreuznach
die Überarbeitung der Sperrzeiten-Verordnung der Stadt Bad Kreuznach vom 07.06.2017.

Wir fordern die Änderung von §2 Festsetzung der Sperrzeit, wie folgt:

- (1) Die Sperrzeit im vorstehend bezeichneten Gebiet wird abweichend von §17 der Gaststättenverordnung des Landes Rheinland-Pfalz an Wochentagen von 1.00 Uhr bis 6:00 Uhr und am Freitag und Samstag von 3:00 Uhr bis 6:00 Uhr festgesetzt.**
(2) Abs. 1 gilt nicht in der Nacht zum 1. Januar.

Begründung:

Nach Einführung der Sperrzeitverordnung, die im Juni 2017 erfolgte, gab es nur vorübergehend eine Entspannung der Lage. Bald kehrten Ruhestörung, gastronomischer Müll, Parkverstöße und nächtliches Befahren der Fußgängerzone zurück. Beschwerden der Anlieger beim Ordnungsamt blieben folgenlos. Zum Jahrmarkt 2018 geriet ab Donnerstag, dem 16.08.2018 die Situation außer Kontrolle. Die Poller waren nicht eingesetzt, ein Pendelverkehr mit zwei Bussen vom Jahrmarkt durch ein Busunternehmen brachte Gäste im 15 min Takt von 2.00 bis 4.15 Uhr direkt vor das Moritz. Die Gäste verteilten sich auf die vier Betriebe rund um den Zwingel-Brunnen. Durch angetrunkene grölende Gäste und laute Musik aus geöffneten Fenstern und Türen war für Anwohner kein Schlaf mehr möglich. Außengastronomie fand bis in die frühen Morgenstunden statt. Morgens türmten sich die Hinterlassenschaften der Gäste: Müll, Urin, Kot und Erbrochenes.

Der Stadtrat hatte bei seinem Beschluss der Sperrzeitverordnung im Mai 2017 eine Auswertung der Situation vor Ort und Lärmmessungen zugesagt. Dies ist bis heute nach unserer Kenntnis nicht erfolgt.

Der Altstadtverein und seine Mitglieder sind mit dem Unterzeichnenden in großer Sorge, dass das Wohnen und Arbeiten in unserer Neustadt unter diesen Bedingungen nicht weiter möglich ist. Wir bitten unseren Antrag und unsere Sorgen ernst zu nehmen.

Vertretung des Einwohnerantrags: Reinhold Stenger, Beate Bruns, Stephanie Otto

Berechtigt sind **Kreuznacher Bürger/-innen ab 14 Jahren**, bitte **vollständig ausfüllen und unterschreiben!**

Name, Vorname	Straße (in Bad Kreuznach und Ortsteile)	Unterschrift

Bitte Listen abgeben bei Altstadtverein, Beate Bruns, Magister-Faust-Gasse 26, 55545 Bad Kreuznach



Beschlussvorlage

Federführung: Organisation, Kommunales
und Zentrale Dienste
Aktenzeichen: 101-32-35
Beteiligungen:

Drucksachennummer: 18/438
Erstellungsdatum: 12.12.2018
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich

Beratungsfolge:
Sitzung des Haupt- und Personalausschusses

Sitzungsdatum:
21.01.2019

Betreff:

Mitgliedschaft der Stadt Bad Kreuznach in der Organisation "Mayors for Peace - Bürgermeister für den Frieden"

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss der Stadt Bad Kreuznach beschließt die Mitgliedschaft der Stadt Bad Kreuznach in der Organisation „Mayors for Peace – Bürgermeister für den Frieden“.

zu Drucksachennummer: 18/438

TOP 3

Erläuterungen

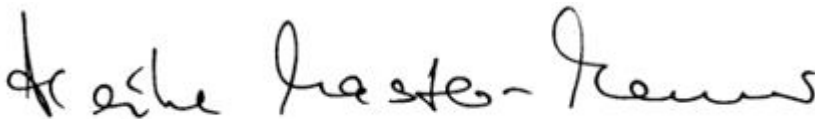
Die Organisation Mayors for Peace wurde 1982 durch den Bürgermeister von Hiroshima gegründet. Aus der grundsätzlichen Überlegung heraus, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für die Sicherheit und das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger verantwortlich sind, versucht die Organisation Mayors for Peace durch Aktionen und Kampagnen die weltweite Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern und deren Abschaffung zu erreichen. Das internationale Netzwerk hieß früher "Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen".

1991 wurden die Mayors for Peace vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen als Nichtregierungsorganisation registriert.

Inzwischen gehören dem Netzwerk über 7500 Städte und Gemeinden aus 163 Ländern an. In Deutschland sind 600 Mitglieder dem Bündnis beigetreten. In Rheinland-Pfalz sind u.a. die Städte Alzey, Bingen, Mainz, Kaiserslautern, Trier und Worms in dieser Organisation integriert.

Auf Vorschlag einer Bad Kreuznacher Bürgerin wurde die Mitgliedschaft im Rahmen der Einwohnerfragestunde der Stadtratssitzung am 30.08.2018 erstmalig thematisiert und bei einem weiteren Treffen mit der Oberbürgermeisterin der Stadt Bad Kreuznach näher vorgestellt.

Der jährliche Mitgliedsbeitrag der Organisation „Mayors for Peace – Bürgermeister für den Frieden“ beträgt 2.000 Japanische Yen. Dieser Betrag entspricht derzeit etwa 15,58 Euro. Die Veranschlagung der Aufwendungen soll beim Produkt Gemeindeorgane, Sachkonto 564200 (Mitgliedsbeiträge) erfolgen.



Dr. Heike Kaster-Meurer
Oberbürgermeisterin



Mayors for Peace

Secretariat

C/O Hiroshima Peace Culture Foundation, 1-5 Nakajima-cho Naka-ku Hiroshima 730-0811 Japan
Phone: 81-82-242-7821 Fax: 81-82-242-7452 E-mail: mayorcon@pcf.city.hiroshima.jp

April 2018

An die Bürgermeister der Städte und Gemeinden

Aufruf zum Beitritt zur Organisation Mayors for Peace – Bürgermeister für den Frieden Sehr geehrte Amtskollegen!

Ich hoffe, mein Aufruf findet Sie bei guter Gesundheit und Schaffenskraft.

Im August 1945 wurden die Städte Hiroshima und Nagasaki von jeweils einer einzigen Atombombe innerhalb eines Augenblicks in Schutt und Asche gelegt. Mehrere zehntausend Menschen verloren dabei ihr Leben. Bis heute dauern die Leiden derjenigen an, die von der radioaktiven Strahlung getroffen wurden. Aber die körperlichen Leiden war noch nicht alles. Die Städte, die den Menschen Heimat waren, waren zerstört und viele Familienangehörige und Freunde waren umgekommen. So kamen zu den körperlichen auch seelische Qualen, die mit Worten nicht zu beschreiben sind.

Die Überlebenden der Atombomben werden immer älter. Deshalb machen wir es uns zur Aufgabe, die Erfahrungen der Opfer und ihren Wunsch nach Frieden den kommenden Generationen zu übermitteln. Mögen diese den Gedanken aufnehmen und in der Welt verbreiten, um den großen Wunsch der Atombombenopfer nach Abschaffung aller Kernwaffen zu erfüllen.

Aus diesem Grund führen die Städte Hiroshima und Nagasaki die Organisation Mayors for Peace – Bürgermeister für den Frieden. Gemeinsam mit den Städten der Welt setzen wir uns dafür ein, dass unsere „Vision 2020“ - die Abschaffung der Kernwaffen bis zum Jahr 2020 - realisiert wird. Nachdem die Atombomben explodiert waren, wurde vorhergesagt, dass 75 Jahre lang in den betroffenen Gebieten nicht einmal mehr Gras wachsen würde. Das Jahr 2020 wird eben dieses 75. Jahr nach dem Abwurf der Atombomben sein. Wir haben es uns als Ziel gewählt, um es möglichst vielen der immer älter werdenden Überlebenden der Atombombe zu ermöglichen, eine Welt ohne Atomwaffen noch mit eigenen Augen zu sehen. Die Zahl von 7500 Städten und Gemeinden, die heute Mitglieder von Mayors for Peace sind, zeigt uns, dass Bürger in aller Welt nachdrücklich die Realisierung einer Welt ohne Kernwaffen fordern.

Um die weltweite Tendenz in Richtung Abschaffung der Kernwaffen zu fördern, bemühen wir uns um die Einberufung eines Gipfeltreffens der Staatsoberhäupter der kernwaffenbesitzenden Staaten, das in den beiden von Atombomben zerstörten Städten stattfinden soll. Wir wollen die Menschen der Welt, allen voran die führenden Politiker, auffordern, nach Hiroshima und Nagasaki zu kommen und die hier vorhandenen Erinnerungen mit eigenen Augen zu sehen, um zu verstehen, welche grausame Katastrophe Kernwaffen für die Menschen bedeuten. Wir hoffen, dass sie den Wunsch der Überlebenden der Atombomben teilen werden.

Wir bitten auch Sie, den Wunsch von Hiroshima und Nagasaki zu unterstützen. Helfen Sie Mayors for Peace, das Ziel zu erreichen, bis zum Jahr 2020 alle Kernwaffen abzuschaffen. Treten Sie unserer Organisation bei und unterstützen Sie uns.

Die Organisation Mayors for Peace setzt sich aus Städten und Gemeinden in aller Welt zusammen und ist als von politischen Parteien unabhängige Nichtregierungsorganisation (NGO) beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen registriert. Zu ihren Mitgliedern zählen alle Arten von Kommunen von kleinen Dörfern und Gemeinden bis hin zu Megastädten wie Tokyo.

Wenn noch mehr Städte und Gemeinden unserer Organisation beitreten, werden wir zu einer Kraft, die dem Wunsch nach Frieden und der Entwicklung hin zur Abschaffung der Kernwaffen Nachdruck verleiht. Arbeiten Sie mit uns zusammen für die Zukunft der Menschheit und für die Bewahrung des friedlichen Lebens unserer Bürger, um eine Welt des stabilen und dauerhaften Friedens zu schaffen.

Hochachtungsvoll,

MATSUI Kazumi

Bürgermeister der Stadt Hiroshima

Bürgermeister für den Frieden

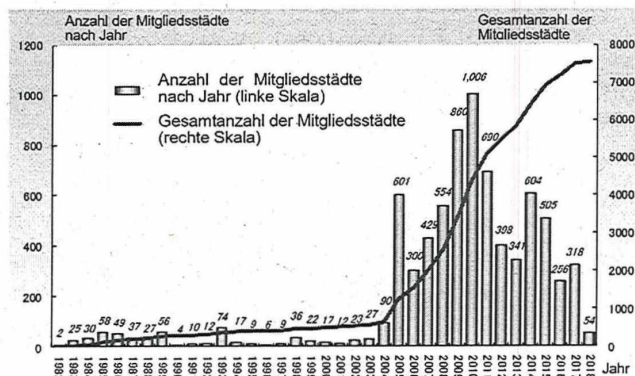
1. Bürgermeister für den Frieden - Mayors for Peace

Aufgerufen von den Städten Hiroshima und Nagasaki, wurde die Organisation Bürgermeister für den Frieden - Mayors for Peace 1982 mit dem Ziel gegründet, durch feste Solidarität unter den Städten im internationalen Maßstab Aktivitäten zu fördern, mit denen die Aufmerksamkeit der Bürger auf die Abschaffung der Kernwaffen gelenkt wird, um einen dauerhaften Frieden in der Welt zu realisieren. 1991 wurde die Organisation vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen als Nichtregierungsorganisation (NGO) registriert.

Gegenwärtig sind 7568 Städte aus 163 Ländern/Regionen als Mitglieder registriert. Die Einwohnerzahl all dieser Städte beträgt etwa 1 Milliarde, was 1/7 der Weltbevölkerung entspricht.

2. Mitglieder (Stand 1. April 2018)

Region	Anzahl der Mitgliedstädte
Asien	3175 (31 Länder/Regionen)
Ozeanien	128 (9 Länder/Regionen)
Afrika	376 (47 Länder/Regionen)
Europa	2875 (48 Länder)
Nordamerika	319 (3 Länder/Regionen)
Lateinamerika/ Karibik	695 (25 Länder/Regionen)
Gesamt	7568 (163 Länder/Regionen)



Veränderung der Anzahl der Mitgliedstädte

3. Die wichtigsten Aktivitäten

Die Organisation Bürgermeister für den Frieden verfolgt durch verschiedene Aktivitäten in enger Zusammenarbeit mit Städten, Bürgern und NGOs auf der ganzen Welt die „Vision 2020“: Die vollständige Abschaffung von Atomwaffen bis zum Jahr 2020. Seit 2010 liegt der Schwerpunkt der 2020 Vision Campaign auf einer Atomwaffenkonvention, einem Abkommen, mit dem die Entwicklung, Herstellung, Prüfung, Lagerung oder Einsatz von Atomwaffen ausdrücklich verboten und für dessen Vernichtung gesorgt wird. Mit den folgenden Schritt wollen wir eine weltweite Bewegung mit diesem Ziel ins Leben rufen.

- (1) Wir rufen Städte auf, die noch nicht Mitglied bei Bürgermeister für den Frieden sind, beizutreten.
- (2) Die Botschaft von Hiroshima und Nagasaki kommunizieren und verbreiten, um die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit für die Abschaffung der Atomwaffen zu stärken, unter anderem durch Bereitstellung von Postern und Material über die Atombomben, Augenzeugenberichten von Überlebenden per Skype, Aufziehen von Samen bzw. Setzlingen von Bäumen, die die Atombomben überlebt haben, und weiteren Projekten.
- (3) Aufforderung an die Vereinten Nationen, die Regierungen aller Länder zu bewegen, schnellstmöglich dem Vertrag zum Verbot der Atomwaffen beizutreten.
- (4) Durchführung von Unterschriftensammlungen für einen schnellstmöglichen Beitritt aller Staaten zum Atomwaffenverbotsvertrag.

[Die Ziele der „Vision 2020“]

- (1) Sofortiger Abbau aller einsatzbereit stationierter Atomwaffen

Auch gegenwärtig sind in der Welt zahlreiche Atomwaffen einsatzbereit stationiert. Angesichts dieser Bedrohung für die Menschen der Welt fordern wir, um den Einsatz von Atomwaffen einschließlich eines

Anlage TOP 3: Anlage 1 Mayors for Peace

TOP 3

irrtümlichen Einsatzes zu verhindern, dass die einsatzbereite Stationierung für sämtliche Atomwaffen unverzüglich aufgehoben wird.

(2) Aufnahme von konkreten Verhandlungen für eine Atomwaffenkonvention

Entsprechend der internationalen Übereinkünfte, wie zum Beispiel die deutlichen Versprechen der atomwaffenbesitzenden Länder zur vollständigen Abschaffung von Atomwaffen auf den NPT-Überprüfungskonferenzen, fordern wir die Aufnahme von konkreten Verhandlungen der Regierungen der Länder für den Abschluss einer Atomwaffenkonvention.

(3) Abschluss einer Atomwaffenkonvention

Wir fordern die Regierungen der Länder auf, eine Konvention zu schaffen, mit der die Entwicklung, Herstellung, Prüfung, Lagerung oder Einsatz von Atomwaffen ausdrücklich verboten wird und für dessen Vernichtung gesorgt wird.

(4) Demontage aller Atomwaffen bis 2020 als Ziel

Wir streben bis zum Jahr 2020, dem 75. Jahr nach dem Abwurf der Atombomben, eine vollständige Demontage aller Atomwaffen auf der Erde an, um die Menschheit von der Bedrohung durch Atomwaffen zu befreien und eine friedliche Welt zu schaffen.

*Bürgermeister
für den Frieden
Mayors for Peace*



Bürgermeister für den Frieden

4. Versammlungen

- (1) Generalversammlung: Alle 4 Jahre abwechselnd in Hiroshima und Nagasaki. Entscheidungen über wichtige Angelegenheiten wie Aktionspläne von Bürgermeister für den Frieden
Die nächste Generalversammlung findet voraussichtlich im August 2020 in Hiroshima statt.
- (2) Vorstandssitzung: Treffen von Vertretern der Vorstandsstädte. Wird alle zwei Jahre in einer der Vorstandsstädte abgehalten.



9. Generalversammlung von Mayors for Peace in Nagasaki (August 2017)

5. Mitgliedsbeiträge

Alle Mitgliedstädte von Mayors for Peace – Bürgermeister für den Frieden zahlen einen jährlichen Mitgliedsbeitrag von 2000 Yen pro Stadt (ausländische Währungen werden zum Umtauschsatz des Datums, an dem die Beitragszahlung erfolgt, umgerechnet).

Nicht erfolgte Beitragszahlung ist kein Grund, eine Stadt aus der Organisation auszuschließen. Weiterhin kann nach Beratung mit dem Sekretariat entschieden werden, dass Städte aus triftigen Gründen von der Beitragszahlung befreit werden.

6. Städte im Vorstand (Bürgermeister)

Vorsitz: Hiroshima (Japan)

Vorstand: Bangkok (Thailand)

Vizevorsitz: Nagasaki (Japan)

Hannover (Deutschland)

Wolgograd (Russland)

Malakoff (Frankreich)

Muntinlupa (Philippinen)

Manchester (England)

Ypern (Belgien)

Biograd na Moru (Kroatien)

Granollers (Spanien)

Halabdscha (Irak)

Fongo-Tongo (Kamerun)

Mexiko-Stadt (Mexiko)

Frogn (Norwegen)

Des Moines (USA)

Fremantle (Australien)

Sarajevo (Bosnien und Herzegowina)

Semei (Kasachstan)

Cochin (Indien)

Montreal (Kanada)

Wellington (Neuseeland)

Santos (Brasilien)

Cartago (Costa Rica)

Teheran (Iran)

Grigny (Frankreich)

7. Sekretariat

(1) Generalsekretär: Yasuyoshi Komizo (Vorsitzender der Hiroshima Peace Culture Foundation)

(2) Adresse/Kontakt: c/o: Peace and International Solidarity Promotion Division

Hiroshima Peace Culture Foundation

1-5 Nakajima-cho, Naka-ku, Hiroshima 730-0811 Japan

TEL: +81-82-242-7821 FAX: +81-82-242-7452

E-Mail: mayorcon@pcf.city.hiroshima.jp



Beschlussvorlage

Federführung: Organisation, Kommunales
und Zentrale Dienste
Aktenzeichen: 101-20-01
Beteiligungen: Recht

Drucksachennummer: 19/026
Erstellungsdatum: 10.01.2019
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich

Beratungsfolge:
Sitzung des Haupt- und Personalausschusses
Sitzung des Stadtrates

Sitzungsdatum:
21.01.2019
31.01.2019

Betreff:

Änderung der Hauptsatzung der Stadt Bad Kreuznach

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss der Stadt Bad Kreuznach empfiehlt dem Stadtrat die beigefügte Änderungsatzung zu beschließen

Erläuterungen

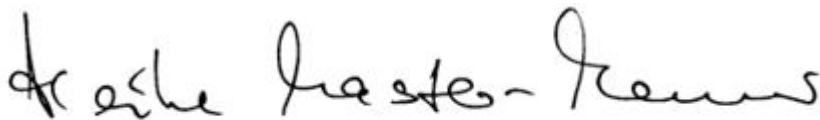
Die Stadt Bad Kreuznach hat in § 2 Absatz 2 der Hauptsatzung die Größe der Ortsbeiräte der jeweiligen Ortsbezirke festgelegt. Für den Ortsbezirk Bad Münster am Stein-Ebernburg wurden im Zuge der Eingemeindung, die Anzahl der zu wählenden Ortsbeiratsmitglieder auf 12 festgelegt. Diese Regelung erfolgte auf Basis der damaligen Einwohnerzahl (3.985; Stand 30.06.2013). Durch eine positive Einwohnerentwicklung in den vergangenen Jahren wuchs die Zahl der Menschen, die im Ortsbezirk Bad Münster am Stein-Ebernburg mit Hauptwohnsitz gemeldet sind, auf 4.349 Personen (Stand: 30.06.2018).

Im Ortsbezirk Winzenheim sind 4.302 Personen (Stand: 30.06.2018) mit Hauptwohnsitz gemeldet. Durch die Hauptsatzung der Stadt Bad Kreuznach sind diesem Ortsbezirk 13 Ortsbeiratsmitglieder zugeordnet.

Um der Einwohnerentwicklung im Ortsbezirk Bad Münster am Stein-Ebernburg Rechnung zu tragen, wird daher eine Erhöhung der zu wählenden Ortsbeiratsmitglieder auf ebenfalls 13 Personen vorgeschlagen.

Gemäß § 75 Absatz 3 der Gemeindeordnung bestimmt die Hauptsatzung die Zahl der Mitglieder des Ortsbeirats. Die Mitgliederzahl soll mindestens drei, höchstens 15 betragen.

Eine Änderung der Hauptsatzung hätte zur Folge, dass bereits bei der Kommunalwahl am 26. Mai 2019, die Zahl der zu wählenden Ortsbeiratsmitglieder im Ortsbezirk Bad Münster am Stein-Ebernburg auf 13 erhöht wird.



Dr. Heike Kaster-Meurer
Oberbürgermeisterin

Anlage TOP 4: Entwurf Änderungssatzung Hauptsatzung Ortsbeiratsmitglieder

TOP 4

-Entwurf-

Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 20.03.1995 in der Fassung der Änderungssatzung vom 26.08.1999, 04.07.2003, 05.11.2004, 25.04.2008, 31.08.2009, 12.10.2009, 12.06.2013, 20.12.2013, 20.10.2014 sowie vom 02.02.2015

Aufgrund der §§ 24 und 25 der Gemeindeordnung (GemO) für Rheinland-Pfalz in der Fassung vom 31. Januar 1994, zuletzt geändert durch Artikel 37 des Gesetzes vom 19.12.2018 (GVBl. S. 448) hat der Stadtrat der Stadt Bad Kreuznach in seiner Sitzung vom folgende Änderungssatzung beschlossen:

§ 1

In § 2 Abs. 2 wird beim Ortsbezirk Bad Münster am Stein-Ebernburg die Zahl 12 ersetzt durch 13.

§ 2

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.